Zwei Volksentscheide und ihre Lehren

Autor(en): **Heeb, Friedrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **2 (1922-1923)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-328438

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

9. HEFT MAI 1923 II. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Zwei Volksentscheide und ihre Lehren.

Von Friedrich Heeb.

In seiner 1911 erschienenen Broschüre: „Demokratie und Sozialismus" sagt der Genosse Robert Grimm unter anderem von der schweizerischen Demokratie: „Das Bild, das uns die schweizerische Demokratie und die sozialistische Bewegung der Schweiz darbieten, ist kein erfreuliches. Es entspricht jedenfalls nicht den Erwartungen, die viele der ausländischen Genossen hegten, als sie zum erstenmal unser Land betraten. Statt einer freiheitlichen Demokratie finden sie eine reaktionäre Bourgeoisrepublik, statt des Fortschrittes Stillstand und Rückschritt in der sozialen Gesetzgebung, statt einer hochentwickelten, vom sozialistischen Bewußtsein durchdrungenen proletarischen Bewegung eine Arbeiterbewegung, die erst in ihren Anfängen steckt, einen starken kleinbürgerlichen Einschlag, verschwommene Ziele und falsche Vorstellungen über ihre Betätigungsmöglichkeiten aufweist und eben darum seit Jahren in einem scheinbar endlosen krisenhaften Zustande sich befindet." Dieses Urteil stammt aus einer Zeit, da der Grütliverein noch in unserer Partei dominierte, die von ihm gepriesene „praktische Erfolgspolitik" der ganzen Partei ihren Stempel aufdrückte. Inzwischen ist ja manches anders geworden, wenn auch noch immer starke Ueberbleibsel kleinbürgerlich-demokratischer Anschauungen in unserer Bewegung vorhanden sind. Die im ersten Teil dieses Zitats enthaltene Kennzeichnung der schweizerischen Demokratie trifft aber jedenfalls für die Gegenwart genau so gut zu, wie vor zwölf Jahren, wofür neben vielem anderen die Erfahrungen als Beleg dienen können, die wir in der letzten Zeit mit den von uns lancierten eidgenössischen Initiativen machen durften. In der erwähnten Broschüre führt Genosse Grimm über die Rückschrittlichkeit der schweizerischen Sozialgesetzgebung im Vergleich mit der deutschen unter anderem aus: „Auch das Verhalten des Staates zur Arbeiterbewegung ist hier reaktionärer als dort. Militäraufgebote anläßlich von Streiks bilden hier die Regel, Streik- und Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter bestehen nicht bloß in der Demokratie, sondern sie wurden gerade vermittelst der demokratischen Einrichtungen — Initiative und Referendum —

geschaffen. ... Die langsame Entwicklung des Klassenbewußtseins ist wesentlich die Folge der demokratischen Einrichtungen ... Die sogenannte „praktische Arbeit" — die fortwährende Inanspruchnahme der politischen Organisationen bei Wahlen und Abstimmungen, die Mitarbeit der Parteigenossen in allen möglichen kommunalen und kantonalen Behörden — dies alles drängt die theoretischen Ueberlegungen in den Hintergrund. ... Wo aber die theoretische Erkenntnis fehlt, wo man darauf verzichtet, Grundlagen und Bedingungen des proletarischen Emanzipationskampfes aufs genaueste zu studieren, da muß das Gefühl, der berühmte „praktische Sinn", die vorhandene Lücke ausfüllen ... Die demokratische Republik erweckt den Schein, als ob in ihr der Kampf der Arbeiterklasse besonders begünstigt wäre. ... Diese Auffassung kehrt sich nicht an die für jede Staatsform — auch für die demokratische Republik — geltende Tatsache, die Spinoza schon im 17. Jahrhundert feststellte: daß das Recht genau der Macht entspricht, über die eine Klasse verfügt. Wenn man sich dieser historischen Tatsache nicht erinnert, sondern das Recht in der Demokratie als eine starre, allen Stürmen der Zeit, allen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandlungen trotzende Institution betrachtet, da ist es auch erklärlich, daß in den Bestrebungen zur Machterwerbung und Machtvergrößerung andere Wege eingeschlagen werden, als wenn man den Kampf um die Macht zugleich als Kampf für die Erringung des Rechts auffaßt."

Ich habe diese Sätze deshalb zitiert, weil ich der Ueberzeugung bin, unsere Partei täte gut, aus den Niederlagen, die sie in jüngster Zeit mit der Vermögensabgabe und der Zollinitiative erzielte, für ihre künftige Taktik die gegebene Nutzanwendung zu ziehen. Diese beiden Niederlagen sind für das schweizerische Proletariat zwar weder eine Schande, noch können sie uns irgendwie entmutigen. Wohl aber sollten wir uns mit ihren Ursachen eingehender beschäftigen, aus ihnen etwas lernen. Dann sind sie nicht umsonst gewesen, sondern tragen am Ende mindestens ebensoviel zum Aufstieg der Arbeiterbewegung bei als ein paar leichterrungene Erfolge.

Ueber die Zweckmäßigkeit des Referendums und der Initiative ist ja seit Jahrzehnten bei uns wie in anderen Ländern viel gestritten worden und auch namhafte Vertreter des Proletariats haben in dieser formalpolitischen Frage die abweichendsten Meinungen bekundet. So hat mir ein bei uns sehr gut bekannter österreichischer Parteiführer vor kurzem gesagt, das in der Staatsverfassung der deutschösterreichischen Republik vorgesehene Referendum bestehe genau genommen bloß auf dem Papier, es herrsche unter allen Parteien die stillschweigende Uebereinstimmung, von ihm keinen Gebrauch zu machen. Am wenigsten könnten sich die österreichischen Sozialdemokraten etwas für den sozialen Fortschritt in ihrem Lande von der Handhabung des Referendums versprechen. Der deutsche Parteitheoretiker Karl Kautsky hat in seiner Broschüre „Parlamentarismus und Demokratie" mit allem Nachdruck gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk Stellung genommen, wobei er insbesondere gegen den verstorbenen ostschweize-

rischen Demokraten Curti polemisierte, der sich in Wort und Schrift besonders eifrig für Referendum und Initiative ins Zeug gelegt hat. Kautsky wies ihm gegenüber darauf hin, daß die radikale Demokratie der alten Schule naturgemäß in der direkten Gesetzgebung durch das Volk unter allen Umständen eine höchst vorteilhafte Einrichtung erblicken müsse. Für sie käme ja nur das „Volk" in Betracht, die Macht des Volkes aber werde durch die direkte Gesetzgebung augenscheinlich auf jeden Fall gesteigert. Für die Sozialdemokratie liege die Sache nicht so einfach. Sie bilde sich aus dem Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie heraus. Während der Demokratie durch ihre historische Aufgabe geboten sei, den Klassengegensatz zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie zu verschleiern, gebiete der Sozialdemokratie die ihr eigentümliche historische Aufgabe, diesen Klassengegensatz zu enthüllen und dem Proletariat aufs schärfste zum Bewußtsein zu bringen. Sie sei die Vertreterin des Proletariats — das Proletariat sei aber nicht gleichbedeutend mit dem Volke. Wenn nicht bloß Lohnarbeiter, sondern auch Kleinbauern und Kleinbürger-Handwerker, Zwischenhändler aller Art, kleine Beamte usw. — kurzum das sogenannte „gemeine Volk" — die Masse bildeten, aus der die Sozialdemokratie ihre Anhänger rekrutiere, so bildeten doch diese Klassen, mit Ausnahme der klassenbewußten Lohnarbeiter, auch Rekrutierungsgebiete für unsere Gegner; in ihrem Einfluß auf diese Klassen liege noch heute die Hauptwurzel ihrer politischen Macht. Dem Volke politische Rechte erteilen, heiße daher keineswegs von vorneherein, die Wahrung der Interessen des Proletariats oder die der gesellschaftlichen Entwicklung herbeiführen. Gewiß müsse das Proletariat unter allen Umständen demokratische Einrichtungen fordern. Es sei die unterste der sozialen Schichten und könne politische Rechte nicht erlangen, wenigstens nicht in seiner Gesamtheit, wenn nicht alle sie erlangen. Darum sei die Sozialdemokratie auch die sicherste Stütze der demokratischen Bestrebungen, viel sicherer als die bürgerliche Demokratie. Deshalb dürfe sie aber doch nicht die Illusionen der bürgerlichen Demokratie teilen. Bei der Frage des Referendums und der Initiative dürften wir uns daher nicht mit der Versicherung begnügen, daß die Macht des Volkes dadurch erhöht werde. Wir müßten fragen: Wie wird die Macht und der Entwicklungsgang des Proletariats dadurch beeinflußt?

Im allgemeinen könne man sagen: der Parlamentarismus begünstige die großstädtische Bevölkerung gegenüber der ländlichen, die direkte Gesetzgebung wirke dieser Tendenz entgegen, sie verlege den politischen Schwerpunkt in die Masse der Bevölkerung. Diese wohne aber mit Ausnahme Englands noch heute überall zum großen Teil, meist sogar vorwiegend, auf dem flachen Lande und in den Landstädtchen. Die direkte Gesetzgebung nehme der großstädtischen Bevölkerung ihren Einfluß und unterwerfe sie der Landbevölkerung. Tatsache sei, daß in jedem Lande die ländliche Bevölkerung ökonomisch und politisch die rückständigste sei. Das bedeute nicht einen Vorwurf

für sie, es sei ihr Unglück, aber es handle sich hier um eine Tatsache, mit der man rechnen müsse. Von der Schweiz im besonderen sagt Kautsky, sie habe vielleicht die vorgeschrittenste Landbevölkerung Europas. Anderseits sei aber der schweizerische Landarbeiter im allgemeinen konservativer als die meisten seiner Genossen in Europa. Was den schweizerischen Bauer hebe, halte ihn zurück, die Zerstreuung der Industrie über das Land. Auch ökonomisch stehe er oft noch dem Bauern sehr nahe, nenne noch ein Stückchen Land sein eigen. Ueberdies fehle der Schweiz eine führende Großstadt. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land sei da also viel weniger entwickelt als in einem modernen Großstaat. Und dennoch, so bemerkt Kautsky, schrieben viele Politiker in der Schweiz dem Referendum eine konservative Wirkung zu. Dafür führt Kautsky neben Curti als weiteren schweizerischen Gewährsmann Deploige an und zitiert den letzteren zum Beweis dafür, daß es die Konservativen seien, die am liebsten das Referendum anriefen als ein Mittel, den Fortschritt der Gesetzgebung zu verlangsamen. Die eifrigsten Verteidiger des Referendums wie Curti seien schon zufrieden, wenn es nicht direkt reaktionär wirke. Schließlich erinnert Kautsky an die große französische Revolution, in der die Girondisten das Referendum als ein Mittel betrachtet hätten, die Uebermacht der revolutionären Hauptstadt Paris zu brechen und die Revolution zum Stillstand zu bringen. Als Ludwig XVI. zum Tode verurteilt gewesen sei, hätten die Girondisten eine Volksabstimmung verlangt, weil sie überzeugt waren, den König dadurch zu retten.

Der bekannte preußische Historiker Hans Delbrück ließ im Jahre 1913 ein Buch erscheinen, das den Titel trug: „Regierung und Volkswille". In dieser Schrift erörtert er auch die Frage des Referendums und der Initiative. Daß er von seinem Standpunkt als unabhängiger Konservativer, dem immerhin ein gewisser geschichtlicher und politischer Weitblick nicht abzusprechen ist, der sich als Historiker auch die Anerkennung von Sozialdemokraten errungen hat, zur Verwerfung dieser demokratischen Einrichtungen kommt, liegt auf der Hand. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber, mit welchen Einwänden er Referendum und Initiative bekämpft. Einmal betont er, es sei besonders markant, wie oft in der Schweiz das Referendum einen Zwiespalt zwischen den Ansichten der Regierenden, dem gewählten Vertretungskörper, und den Ansichten der Wahlberechtigten zutage bringe. Nicht selten seien Vorlagen verworfen worden, die von den Parlamenten und sogar von allen Parteien und der Presse einmütig empfohlen waren. Sodann sei ein besonderer Mangel der schweizerischen Verfassung das Fehlen eines Pensionsgesetzes für die Beamten. Der Beamte solle nach Vorstellung der Schweizer Bürger von seinem Gehalt so viel sparen, daß er in seinen alten Tagen, wenn er dienstunfähig sei, davon leben könne. Ein Pensionsgesetz sei trotz der einleuchtendsten Argumente dafür vom Volke mit großer Majorität verworfen worden. Der Bürger und Bauer sehe schlechterdings nicht ein, warum ein Beamter oder ein Offizier eine Pension erhalten solle,

da ihm doch auch niemand eine solche gebe. In Vertretungskörpern könne man sich mit solchen kurzsichtigen Selbsttäuschungen auseinandersetzen; man könne auf die Einwendungen eingehen, ihnen eventuell durch Konzessionen entgegenkommen oder sie in Kompromissen überwinden. Mit dem Volke könne man nicht verhandeln, sondern müsse instinktiv suchen, die Vorlagen so zu gestalten, daß sie keinen Anstoß erregen. Delbrück kommt, nachdem er verschiedene verwerfende Volksentscheide in der Schweiz angeführt hat, ebenfalls zum Schluß: „Das Referendum wirkt konservativ. Das Volk wünscht keine Veränderung, wenn ihm nicht das Uebel auf der Haut brennt. Eben deshalb ist das Referendum in der Schweiz populär und wird nicht wieder abgeschafft werden. „Mag es auch im einzelnen sich als Hemmschuh erwiesen haben, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung" 1910, „im großen und ganzen hat es die fortschrittliche Entwicklung der Schweiz nicht aufgehalten." Das ist immerhin ein etwas elegisch klingendes Lob."

Delbrück folgert dann weiter: „Der Volkswille ist Geist, reiner Geist, der physisch weder greifbar noch darstellbar ist" und er bezieht sich dabei auf die Aussprüche zweier berühmter Männer. Napoleon I. habe gesagt: „Das Volk ist wie das Wasser, das die Gestalt jedes Gefäßes annimmt, in das man es hinein tut; tut man es aber überhaupt in kein Gefäß, so fließt es ziel- und zwecklos auseinander." Noch gewaltiger aber erdröhne der Ausspruch des deutschen Philosophen Hegel: „Das Volk ist derjenige Teil des Staates, der nicht weiß, was er will." Eine ähnliche Wertung des Volkswillens habe ich noch aus einem anderen Buche eines deutschen Schriftstellers in Erinnerung. Unter dem Pseudonym Ruedörffer gab etwa zwei Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges ein deutscher Diplomat ein Handbuch für auswärtige Politik heraus, in dem unter anderem auch erläutert wurde, wie man Kriege mache und sich für diese die erforderliche patriotische Begeisterung im eigenen Volke sichere. Der Verfasser meinte, die sozialistische Parole, daß die Arbeiterschaft nur in einem Verteidigungskrieg, nicht aber in einem Angriffskrieg marschiere, könne keine Regierung schrecken. Sache der Regierung, bezw. ihrer Diplomatie sei es dann eben bloß, zu gegebener Zeit dafür zu sorgen, daß jeder das Gefühl habe, das eigene Land stehe im Verteidigungskrieg, dann würden die Sozialdemokraten keine Opposition machen. Im übrigen werde das Volk für den Eventualfall des Krieges sehr leicht durch das Mittel der Presse unter Einwirkung der Regierungsorgane zu beeinflussen, zu derjenigen patriotischen Stimmung zu bringen sein, die im Interesse einer siegreichen Kriegführung notwendig sei. Daß dieses Rezept im Juli und August 1914 und lange nachher so ausgiebig als nur möglich angewendet wurde, läßt sich ebensowenig bestreiten als der Erfolg, den es zum Verhängnis des Weltproletariats hatte.

Für uns Sozialdemokraten kann es sich natürlich bei der Erörterung der Frage des Referendums und der Initiative in keinem

Fall darum handeln, der Beseitigung oder Einschränkung dieser Volksrechte das Wort zu reden oder auch nur einem von anderer Seite kommenden derartigen Vorstoß passiv zu begegnen. Wohl aber müssen wir uns darüber Rechenschaft geben, unter welchen Voraussetzungen diese doch immerhin mehr negativen Instrumente für absehbare Zeit unserem eigenen Kampfe dienstbar gemacht, zu Hebeln der Entwicklung im Sinne des Sozialismus gestaltet werden können. Dabei dürfen wir uns wohl auch auf die neuerliche Entwicklung der konstitutionellen Verhältnisse in der modernen Arbeiterbewegung berufen, obschon ein Vergleich in diesem Falle nur sehr bedingt am Platze ist. In den Staat wird der einzelne ja hineingeboren, während der Beitritt in eine Arbeiterorganisation freiwillig geschieht und von ihm jederzeit wieder annulliert werden kann. Soweit aber die Arbeiterbewegung hier überhaupt Analogieschlüsse zuläßt, wäre zu sagen, daß das repräsentative System in der Arbeiterbewegung seit Jahren in nahezu allen Arbeiterorganisationen, bei Partei und Gewerkschaften wie auch in der Genossenschaft zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Das hängt mit dem Wachstum unserer ganzen Bewegung zusammen, die schlechterdings bedingt, daß das einzelne Mitglied sein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht an eine kleinere Zahl von Genossen delegiert, die zu lokalen, kantonalen und schweizerischen Delegiertenversammlungen, Kongressen oder Parteitagen zusammentreten. Ein anderer Apparat wäre ja viel zu schwerfällig, würde die Aktionskraft der Organisation faktisch vernichten und dem demokratischen Mitspracherecht des einzelnen zudem ungleich mehr Abbruch tun als die Uebertragung dieses Rechts an einen kleineren Kreis von Angehörigen derselben Organisation, die ihrerseits viel eher zusammenkommen und auch ersprießlichere Arbeit leisten können. Soweit die Urabstimmung in unseren Organisationen besteht, ist sie auch nur ein negatives Instrument, kann sie wohl Beschlüsse repräsentativer Körperschaften annullieren, aber keineswegs irgendwelchen Gedanken oder Forderungen von sich aus zum Durchbruch verhelfen. Daß die Urabstimmung in einer Arbeiterorganisation manchmal hemmend, konservierend wirkt und darum nicht unbedingte Begeisterung zu wecken vermag, dafür haben wir genügend Beispiele. Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung sind in der Urabstimmung mehrmals Fusionen zwischen Verbänden abgelehnt worden, die sehr im Interesse der Gewerkschaftsbewegung gelegen hätten und auch die von führenden Genossen der Gewerkschaften seit Jahren betonte Dringlichkeit des Weiterschreitens vom Berufs- zum Industrieverband hat durch die Institution der Urabstimmung verschiedentlich sehr bedauerliche Hemmnisse erfahren.

Beim Staat ist zunächst zu unterscheiden zwischen dem Referendum und der Initiative. Vom ersteren können wir wohl von unserem Standpunkt aus sagen, daß sich Vorteile und Nachteile ungefähr aufheben. Eine Statistik würde wahrscheinlich eher ergeben, daß die Gewinner beim Referendum häufiger die Rückschrittler als die Anhänger des Fortschritts waren. Ein entschiedener und in seiner Bedeutung nicht

hoch genug anzuschlagender Erfolg war dann freilich in neuerer Zeit den Freunden des Fortschritts bei der Referendumskampagne gegen die Lex Häberlin beschieden. Als negatives Kampfesmittel kann das Referendum der Arbeiterschaft gerade in Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Reaktion große Dienste leisten, manchen gefährlichen Anschlag der Feinde des Proletariats zunichte machen. Dagegen scheint mir das in verschiedenen Kantonen, wie zum Beispiel Zürich, bestehende obligatorische Referendum den Prinzipien einer gesunden Demokratie nur schädlich und dem sozialen wie politischen Fortschritt hinderlich zu sein. Das obligatorische Referendum neben den unzähligen kommunalen, Bezirks-, kantonalen und eidgenössischen Wahlen führt die Stimmberechtigten so oft zur Urne, daß eine eigentliche Abstimmungsverdrossenheit, die rapide Vermehrung der prinzipiellen Neinsager und damit auch eine schädliche Rückwirkung auf die Stimmbeteiligung bei Wahlen die unvermeidliche Folge ist. Im Kanton Zürich sind fast unmittelbar hintereinander, am 18. Februar und 18. März d. J., vom Volke eine Reihe von Vorlagen verworfen worden, die mit drei Ausnahmen alle der Abstimmungsverdrossenheit, aber keinerlei sachlichen Erwägungen zum Opfer gefallen sein dürften. Es waren Vorlagen dabei, die auf dem Gebiete der Rechtsprechung einige bescheidene Fortschritte brachten, denen alle Parteien zu Gevatter standen, die aber einfach das „Opfer der Volkswut" wurden, weil es nun einmal bald zur Mode geworden ist, auf den Stimmzettel lauter Nein zu schreiben. An einer solchen Schinderei können nur jene Reaktionäre Freude haben, die am liebsten der ganzen Demokratie den Hals umdrehen möchten, die alle Parlamente und alle Volksabstimmungen zum Teufel sehnen, um nachher im Dunkel mussolinischer Staatskunst unter Ausschaltung jeder parlamentarischen Kontrolle und jeder oppositionellen Kritik selbstherrlich zu regieren. Das obligatorische Referendum hat am allerwenigsten in einem Kanton mit vorwiegend industrieller Struktur einen vernünftigen Sinn. Denn hier wandeln sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und damit die entsprechenden gesetzgeberischen Erfordernisse naturgemäß viel rascher als etwa in einem Urkanton mit seinen beschaulichen wirtschaftlichen Zuständen, die nur recht langsam von der modernen Entwicklung überholt werden. Gegen die weitaus meisten der solcher Augenblicksverstimmung oder auch der perfiden Propaganda einer kleinen Interessentenclique zum Opfer gefallenen Vorlagen hätte keine Partei das Mittel der Initiative ergriffen, wenn sie sich dabei irgendwie anzustrengen gehabt hätte. Gerade unsere Partei, die darauf halten muß, das Interesse der Gesamtheit der Stimmberechtigten an allen öffentlichen Angelegenheiten zu wecken und zu schärfen, hat allen Grund, aus der Demokratie keine Karikatur werden zu lassen oder zuzusehen, wie die Großzahl der Stimmberechtigten mit Bagatellvorlagen in eine Abstimmungsverdrossenheit hineingehetzt wird, die am Ende auch allen Vorlagen von größerer prinzipieller oder materieller Tragweite zum sicheren Verhängnis wird. Dem sozialen und politischen Fortschritt ist mit der lawinenartigen

Vermehrung des Heeres der „prinzipiellen Neinsager" am wenigsten gedient.

Von der Initiative läßt sich noch weniger Gutes sagen als vom Referendum. In allen den Fällen, wo sie zur Anwendung gelangte, um mehr oder weniger ausgesprochene Klassenforderungen der Arbeiterschaft vor dem Volke zu vertreten, schlug die Volksabstimmung zugunsten der Gegner aus. Einzig bei der Kampagne um den Nationalratsproporz sind wir nach dreimaligem Anlauf (1900, 1910 und 1919) Sieger geblieben. Aber dieser schließliche Erfolg wurde bekanntlich errungen durch das Zusammengehen mit allen jenen bürgerlichen Parteigruppen, die wie wir ein politisches Interesse an der Beseitigung der freisinnigen Alleinherrschaft in Bund und Kantonen hatten. Darunter befanden sich vor allem die Klerikalen oder Christlich-Sozialen, deren fortschrittliche Gesinnung nicht gerade über allen Zweifel erhaben ist, die aber in dieser wichtigen formalpolitischen Frage mit uns gemeinsame Sache machten, weil sie genau wußten, daß der Proporz dem von ihnen vertretenen *konservativen* Prinzip mindestens ebenso förderlich sei als uns bei der Wahrnehmung unserer entschieden fortschrittlichen Ziele. Daß auch der Proporz seine Schattenseiten hat und im großen und ganzen eher konservierend und stagnierend als belebend und neugestaltend auf die politische Atmosphäre eines Landes wirkt, hat sich in den letzten Jahren mehrfach gezeigt. Es ist denn auch kein Zufall, daß die intellektuellen Urheber des Verhältniswahlsystems konservative Politiker waren, was prominente sozialdemokratische Politiker der Schweiz, die sich in den neunziger Jahren zunächst mit aller Vehemenz gegen den Proporz aussprachen, zu betonen nicht unterlassen haben.

Gewiß haben die augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Zustände, die sich mit dem einen Worte Reaktion kennzeichnen lassen, zu dem entschieden unerfreulichen Ausgang der beiden Initiativen nicht unerheblich beigetragen. Vor drei Jahren hätten sowohl die Vermögensinitiative als die Zollinitiative ungleich mehr Chancen gehabt als gegenwärtig, wo alle Vorteile zum vorneherein auf Seite des Gegners standen, wo neben vielem anderen auch noch die Mutlosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Abstimmungsverdrossenheit in den Reihen der Arbeiter und Angestellten dem Kapitalisten- und Großbauernklüngel zugute kamen. Aber auch wenn man das alles in Abzug bringt, so bleibt doch immer noch Grund genug, zu untersuchen, wie es möglich sein konnte, daß bei der Zollinitiative nicht einmal so viel Ja abgegeben wurden als bei den Nationalratswahlen im Jahre 1922 für die Sozialdemokraten Stimmen. Denn wenn überhaupt eine Initiative, so hätte die Zollinitiative Zehntausende von Konsumenten aus den Kreisen der politisch indifferenten Arbeiter, Angestellten und Beamten veranlassen müssen, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. Die Zollinitiative ist ja nicht etwa von unserer Partei ausgeheckt worden, ihr standen vielmehr die leitenden Kreise des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine zu Gevatter, der allein

gegen 300,000 Mitglieder in seinen Verbandsvereinen zählt. Freilich mußte am Ende die Hauptlast der Propaganda für die Initiative von den Sozialdemokraten getragen werden, haben die „berufenen Konsumentenvertreter" großenteils tapfer Reißaus genommen, ihr eigenes Kind im Stich gelassen und sich hinter die bequeme Ausrede von der politischen Neutralität verschanzt oder, wie die mehrheitlich bürgerliche Leitung des Lebensmittelvereins Zürich, direkt gegen die Initiative Stellung bezogen.

Auf unserer Seite wurde offensichtlich bei der Vermögensinitiative wie bei der Zollinitiative der kapitalistische Gegner unterschätzt, seine gewaltige finanzielle und wirtschaftliche Macht nicht genügend in Rechnung gestellt. Wir verließen uns zu sehr auf den „gesunden Sinn des Volkes", dessen verschwommene, aller kapitalistischen Demagogie zugängliche Denkweise zusammen mit seiner Urteilslosigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete in Tat und Wahrheit noch lange ein unberechenbarer Faktor bleiben wird. So lange, als in diesem „Volk" die Klassenscheidung sich nicht schärfer herausgebildet hat, das Klassenbewußtsein seiner proletarischen Teile noch so sehr zu wünschen übrig läßt und selbst gewerkschaftlich oder politisch organisierte Arbeiter den Argumenten des kapitalistischen Klassengegners Glauben schenken, wird es den Reaktionären immer ein leichtes sein, jede ihnen unbequeme Initiative mit „wuchtigem Mehr" zu Fall zu bringen. Wir sollten uns nach solchen und ähnlichen Erfahrungen hüten, dem höchst nebelhaften und mystischen Begriff „Volk" allzu große Bedeutung zuzumessen, sonst verfallen wir in die gleiche Ueberschätzung unserer wirklichen Macht und unseres wirklichen Anhangs als die Kommunisten mit dem von ihnen gepflegten Kult der angeblich so revolutionär gesinnten „Masse". Das gilt heute, wo wir auf Schritt und Tritt konstatieren können, zu welcher Korrumpierung des öffentlichen Lebens die Beherrschung der sogenannten „öffentlichen Meinung" durch den kapitalistischen Presseapparat geführt hat, noch viel mehr als etwa für die Zeit vor zehn Jahren. Wenn wir diesem allmächtigen Instrument zur Bearbeitung des „Volkes" nichts annähernd Ebenbürtiges entgegenzusetzen haben, wird es auch vergebliches Bemühen bleiben, vermittelst formulierter Initiativen unsere wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ideen in die breiten Kreise der Indifferenten oder Schwankenden zu tragen. Der deutsche Publizist Lothar Bucher, ein Lakai Bismarcks, machte einmal über die Presse folgende treffenden Bemerkungen: „Tausend und aber Tausend Bürger gehen auf in einer Zeitung, und die unendliche Zahl möglicher Kombinationen von Individuen, kleinerer und größerer Gesprächskreise, in denen Wissen, Beobachtung und Gedanken sich fruchtbar berühren, schwindet zusammen zu einem Dutzend publizistischer Gegensätze oder Schattierungen. Die Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten des Landes und der Gemeinde wird eine mittelbare, verwandelt sich aus einer Bürgerpflicht oder Bürgerehre in einen Geschäftszweig, einen Trade." Und Kautsky sagt über die kapitalistische Pressegilde, diese „Piraten der öffentlichen Meinung", unter anderem:

„Ohne jede Verantwortlichkeit ihren Lesern gegenüber ist die Presse daher noch viel korrumpierter geworden, als der Parlamentarismus in seinen schlimmsten Formen je gewesen. Sie herrscht unumschränkter als irgendein Parlament, sie steht erhabener über der Kritik, als irgendein Parlament, eine Kirche, ein Souverän jemals gestanden hat. ... Die Verschwörung des Totschweigens macht unbequeme Lehren sicherer mundtot, als die Kerker der Inquisition vermochten. In der Tat, vergleicht man Kirche und Presse, dann kann man einige Aehnlichkeit zwischen beiden entdecken, aber der Vergleich fällt im ganzen nicht zugunsten der Presse aus. Die schlimmsten Pfaffen des Mittelalters konnten die gläubige Bevölkerung nicht unverschämter nasführen, ausbeuten, in Unwissenheit erhalten und demoralisieren, als es ein großer Teil der heutigen Journalistik tut."

In der Rolle, welche die kapitalistische Presse der Gegenwart auch in unserem kleinen Lande spielt, wie überhaupt in den Mitteln und Methoden der plutokratischen Bearbeitung der sogenannten öffentlichen Meinung liegt in der Tat ein ungeheuer wichtiges Problem, mit dem wir uns ernstlich auseinandersetzen müssen. Die Bedeutung dieses Faktors ist von uns lange Zeit viel zu wenig gewürdigt worden. Welch überragende Rolle er spielt, das haben uns gerade die beiden verflossenen Kampagnen um die Vermögens- und die Zollinitiative zum Bewußtsein gebracht. Da erfuhren wir erst so recht die Wahrheit des Ausspruchs in dem nun doch schon 75 Jahre alten Kommunistischen Manifest: „Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt." Mit geradezu gigantischem Aufwand an finanziellen, technischen und organisatorischen Mitteln wurde in der Presse, auf Plakaten, in Broschüren und dicken Büchern, mit einem ganzen Regiment von extra dazu gedrillten Referenten der Lügenfeldzug gegen uns geführt. Das Hauptquartier mit dem großen Generalstab residierte teils in Brugg, teils in Bern; nach seinen Befehlen arbeiteten die zahllosen Filialquartiere, die über das ganze Land verstreut waren. Es war eine bis in die kleinsten Details wohlvorbereitete Schwindeloffensive, bei der genau wie im Weltkrieg mit den grobkalibrigsten Geschützen, mit Trommelfeuer aus Schrapnellkanonen, mit Tanks, Stinkbomben, giftigen Gasen, Maschinengewehrfeuer, Gewehren, Säbeln und Bajonetten dem Feind zu Leibe gerückt wurde. Sogar die Bombenwerfer aus den Flugzeugen hoch in der Luft fehlten nicht. Unsere propagandistischen Mittel und Kräfte vermochten einer solchen infernalischen Attacke nicht standzuhalten; schon darin waren wir sehr unterlegen, daß auf Seite der Befürworter der Initiative mit der Kampagne um Monate später als beim Gegner begonnen wurde. Die Munition in Form der nötigen Moneten lieferte das Kapital dem reaktionären Hauptquartier wie den Filialbureaus in Hülle und Fülle. Und die Herren Baumberger usw. wußten, was sich mit diesem „himmlischen Manna" anfangen ließ: sie fabrizierten Tausende von Zeitungsartikeln zur Veröffentlichung in der Bourgeoispresse, sie

gaben die Parolen und Stichworte zur Verleumdung und Diskreditierung der Initiativen, sie logen, daß die Balken bogen, auf Plakaten, Flugschriften, Ansichtskarten, in Broschüren und Referentendispositionen, wie auf hundertfältige andere Weise. Zu den ständig im Dienst der kapitalistischen Meinungsfabriken stehenden Preßlakaien, den Schmocks vom Mittelpressebureau, von der agrarischen Presse, den Soldschreibern vom Handels- und Industrieverein, vom Gewerbeverband, vom Arbeitgeberverband usw. kamen die vielen Aushilfsschmocks nach Art des Herrn Baumberger, der jedesmal von Zürich nach Bern übersiedelt, wenn es ein Gott Mammon besonders wohlgefälliges Werk zu verrichten gilt.

Was aber der gegnerischen Kampagne zum vorneherein ein großes Uebergewicht gab, das war die Einheit und Konzentration ihres ganzen Kriegsplanes trotz seiner Vielgestaltigkeit und Verzweigtheit. Mit geradezu bewundernswürdiger Konsequenz war bei ihnen die Arbeitsteilung durchgeführt, arbeitete die ganze Meute von Anfang bis zu Ende Hand in Hand. Leider läßt sich das gleiche auf unserer Seite auch nicht annähernd behaupten. An der Spitze des gegnerischen Aktionskomitees standen die erprobtesten und geriebensten bürgerlichen Politiker, bei uns aber lag dieses Aktionskomitee in den Händen einiger weniger Genossen, die mit allem möglichen anderen Zeug überladen sind, und gar die administrative Arbeit unseres Aktionskomitees war der ganz ungeeigneten und unzulänglichen Kraft eines einzigen Mannes anvertraut, der gerade Zeit dazu hatte. Von einer Kräftekonzentration läßt sich auf unserer Seite schon gar nicht reden, das Gegenteil war hier der Fall und noch mehr fehlte es an der vorherigen genauen Ueberprüfung, bezw. Vorbereitung der Kampagne, an der Sichtung und Verarbeitung des einschlägigen Materials, sowie an der zweckentsprechenden Verwendung desselben zum Kampfe auf der ganzen Linie.

Wenn wir bei künftigen Aktionen unter Zuhilfenahme des Referendums und der Initiative nicht abermals eine solch gewaltige Unterlegenheit erleben, unsere ohnehin spärlichen Kräfte nicht neuerdings nutzlos vergeuden wollen, dann müssen wir uns die Beobachtungen der beiden hinter uns liegenden großen Abstimmungskämpfe zunutze machen. Sowenig eine Armee im äußeren Kriege bestehen kann, wenn sie mit verrosteten Hinterladern aufmarschiert, während der Feind mit den modernsten Präzisionsgewehren ausgerüstet ist, ebensowenig dürfen wir ein drittes Mal mit der mangelhaften, veralteten Ausrüstung zu Felde ziehen, die am 3. Dezember und 15. April unsere Niederlage in diesem Ausmaß herbeiführte. Eine dilettantenhaft improvisierte Organisation für wichtigste Volksentscheide mochte vor zehn Jahren allenfalls noch angehen. Heute aber, wo der bürgerliche Gegner seine gesamten Streitkräfte dermaßen unter ein Kommando gebracht, die Korrumpierung und Irreführung der Bevölkerung zu einem solch raffinierten System entwickelt hat, sind ganz andere Leistungen unserseits notwendig.

Gewiß kann eine Niederlage in der Abstimmungskampagne um wichtige prinzipielle und praktische sozialistische Postulate uns unter Umständen ebenso förderlich sein als ein unmittelbarer Erfolg. Dann nämlich, wenn es gelingt, unsere Ideen in den breitesten Kreisen der Besitzlosen zu propagieren, mit unserer Agitation auch an solche Proletarierschichten heranzukommen, die sonst von den proletarischen Organisationen nicht erfaßt werden können. Ist das aber nicht der Fall, so lohnt sich auch der Kräfteaufwand für eine Initiative nicht. Dann erleben wir nur wiederum die Enttäuschung, daß ein Teil der eigenen Anhänger, vom gegnerischen Alarmgeschrei eingeschüchtert und kopfscheu gemacht, desertiert, zum Feinde übergeht. Diese „Ueberraschung" ist um so natürlicher, wenn führende Genossen sich unter wenig plausiblen Gründen von ihrer Pflicht als Referenten und Publizisten drücken, weil sie beim bürgerlichen Publikum ihren Ruf, „vernünftige Sozialisten" zu sein, nicht gefährden, für eine derart angepöbelte Sache nicht offen hinstehen wollen.

Es scheint mir daher, unserer Sache wäre in der Gegenwart wie in der Zukunft weit mehr gedient, wenn wir uns für einige Zeit der Sammlung, Schulung und Konzentration der eigenen organisatorischen, materiellen und geistigen Kräfte widmen wollten, anstatt an jenes undefinierbare Etwas, „Volk" genannt, wiederum vergeblich zu appellieren. Die Klassenforderungen der Sozialdemokratie werden diesem „Volke" so lange vergeblich gepredigt werden, als wir selbst nicht alles tun, um die Klassenscheidung propagandistisch klar und scharf zu betonen, sondern uns immer wieder auf jene immaginären „Hilfstruppen" verlassen, die nun einmal so lange nicht unsere Hilfstruppen sind, als wir sie widerstandslos den Einflüssen der gegnerischen Agitation überlassen. Unser erstes und eigentlichstes Losungswort sollte darum lauten: Größtmögliche Propagandaarbeit für die Verbreitung der sozialistischen Presse, Agitation und Aufklärung durch Flugschriften auch außerhalb von Wahl- und Abstimmungszeiten! Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen an allen Orten zur Besprechung der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Fragen, Ausbau und innere Festigung der sozialdemokratischen Parteiorganisationen im ganzen Lande und endlich rührigster Eifer auf dem Gebiet des Bildungswesens. Erst wenn diese eigentlich minimsten Voraussetzungen des proletarischen Klassenkampfes einmal erfüllt sind, können wir abermals daran gehen, vermittelst der demokratischen Einrichtungen der Initiative über das tägliche Arbeitsfeld hinauszugreifen, an den Entscheid des Volkes zu appellieren.